

11

Neue Attraktivität, und wenn ja wie viele?

Markus Hesse

Von Reurbanisierungs-Diskursen, Bewertungsfragen und den Chancen einer stärkeren Interaktion von Forschung und Praxis

1 Anlass und Gegenstand

Dieser Beitrag verknüpft die Diskussion um eine neue Attraktivität von Großstädten bzw. eine mögliche Renaissance der Städte mit der Frage nach der angemessenen Bewertung solcher Entwicklungen. Er fokussiert dabei weniger auf eine empirische Diskussion bzw. Überprüfung dieser These (siehe dazu die anderen Beiträge in diesem Band). Es geht hier zum einen vielmehr um die Frage, inwieweit aus dem Phänomen einer neuen Attraktivität der Großstädte zugleich die Wahrnehmung von einer „Renaissance der Städte“ bzw. „Reurbanisierung“ hervorging, interpretativ konstruiert wurde. Zum anderen soll geklärt werden, welche Konsequenzen daraus für den Umgang mit solchen Phänomenen in Forschung und Praxis gezogen werden können.

Eine kritische Hinterfragung der einschlägigen Diskursmuster erscheint nicht zuletzt mit Blick auf die längerfristige Konjunktur von übergreifenden Interpretationen und Lektorientierungen in der räumlichen Planung sinnvoll, die seit Mitte der 1980er Jahre zwischen so unterschiedlichen Polen wie „Neue Urbanität“, „Auflösung der Stadt“, „Stadtschrumpfung“ und „Renaissance der Stadt/Städte“ oszillieren (vgl. Hesse 2008). Die damit einhergehenden, abstrakten und mitunter auch sehr widersprüchlichen Paradigmen²¹ sagen relativ wenig darüber aus, welche differenzierten Entwicklungsmuster in Stadtregionen tatsächlich vorfindbar sind – sowohl mit Blick auf die Entwicklung verschiedener Städte als auch innerhalb von Stadtregionen.

Die bisherige Debatte um eine Wiederkehr der Städte wird meines Erachtens sehr pauschal geführt und mit Blick auf empirische Befunde durchaus einseitig interpretiert. Ich vermisste im bisherigen Stand der Diskussion eine differenzierte Sicht auf zeitliche Trajekte der Stadtentwicklung, ebenso eine Einbettung der Debatte in größere, auch internationale Kontexte.

Zudem stellt sich immer wieder die Frage, wie gegenstandsgemäß die jeweilige Auseinandersetzung ist und ob nicht durch spezifische Methoden, Datenquellen, Annahmen und Vorgehensweisen (d.h. Methodologie²²) auch eine ganz bestimmte Konstellation von Untersuchungsergebnissen erzielt wird.

Dieses Urteil wirft prinzipiell auch ein kritisches Licht auf die Rezeption von Trends und Moden durch professionelle Communities, deren normativer Überschuss fallweise erheblich sein kann. Ohne Zweifel hat Wissenschaft eine gesellschaftliche Verpflichtung zur Problemorientierung, erst recht zur kritischen Artikulation von Sachverhalten und zur Entwicklung von Strategien bzw. von „Problemlösungen“ – zunächst unabhängig davon, ob ein solcher Anspruch auch einlösbar ist. Doch kann die Suche nach solchen Lösungen auch den Blick auf den Gegenstand verstellen, normativ verzerren. Schließlich bedürfen auch vermeintlich gesicherte Tatbestände der kontroversen Diskussion, selbst wenn der Bedarf an klaren Antworten und schnellen Lösungen anhaltend groß ist, kritische Hinterfragung dagegen als eher unpopulär gilt. Prinzipiell bekommt es der Forschung jedoch nicht immer gut, wenn sie die Distanz zu ihrem Gegenstand aufgibt und sich zum Advokaten einer bestimmten Sache macht.

Diese Überlegungen werden hier zum Anlass genommen, über die Interaktion von Forschung und Praxis an sich nachzudenken, ausgehend von der anregenden Diskussion im Ressortforschungsprojekt „Zurück in die Stadt? Gibt es eine neue Attraktivität der Stadt?“. Raumforschung und -planung könnten im gegenseitigen Austausch über ihre Themen meines Erachtens von drei Punkten erheblich profitieren: von mehr Differenzierung in der Bewertung von Befunden, von einer gewissen Zurückhaltung gegenüber den großen Erzählungen und Theorien und schließlich von Offenheit bzw. Neugier mit Blick auf Dissense, Widersprüche und offene Fragen.

(21) Mit Paradigma ist hier in der Tradition des Denkens von Thomas Kuhn ein exemplarischer Zugang zu einem Gegenstand gemeint, der dessen mehr oder minder systematisches Verständnis erlaubt. Dieses bedient sich weniger einer objektivistischen oder absoluten Auffassung von Wissenschaft, sondern bettet sie in jeweilige soziale und kulturelle Kontexte ein (vgl. Barnes 2009).

(22) Mit Methodologie sind hier nicht Methoden gemeint, also Werkzeuge der Forschung im engeren Sinne, sondern es geht um den Set aus Grundannahmen und Einstellungen, mit denen die Forschung an ihren Gegenstand herangeht und diesen damit auch spezifisch formt (vgl. Crang 2009).

2 Bewertungsfragen, Diskursoberflächen, methodologische Blindstellen

Die These von einer „neuen Attraktivität der Städte“, dem Leitmotiv des Vorhabens, erscheint durchaus plausibel. Sie ist – zumindest gilt dies für bestimmte Städte – empirisch konkret nachvollziehbar und reiht sich ein in ähnlich gelagerte Erfahrungen aus dem Ausland, etwa was das sehr populäre Beispiel des Umbaus von gewerblich genutzten Wasserlagen (Waterfront) zu Wohn- und Bürostandorten angeht. Das Flächenangebot von Altindustriestandorten, von militärischen Konversionsflächen, Hafenstandorten, Bahn- und Postverteilzentren hat der Stadtplanung seit Anfang der 1990er Jahre in erheblichem Umfang neue Entwicklungsspielräume eröffnet. Diese sind auch von vielen Städten für teils spektakuläre neue Bau- und Planungsprojekte genutzt worden (siehe auch den Exkurs in diesem Beitrag zur HafenCity in Hamburg). Diese Vorhaben sind sicher mit ausschlaggebend gewesen für die Mobilisierung einer bis dahin ungeahnten Nachfrage nach innerstädtischem Wohnen. Auch wenn dieser Teil des städtischen Lebenszyklus' in naher Zukunft erst einmal wieder abgeschlossen sein könnte, so ist damit doch eine neue Anziehung und Ausstrahlung vieler Städte erzielt worden.

Die These von einer allgemeinen Renaissance der Städte bzw. Reurbanisierung in Deutschland ist dagegen meines Erachtens ebenso populär wie falsch, mindestens unzureichend bzw. hochselektiv, und im Ergebnis wirkt sie durchaus irreführend. Denn sie ist gleich durch mehrere Schief lagen gekennzeichnet: Dies gilt erstens für die notwendige präzise Benennung ihres Gegenstandes, zweitens für die Einordnung aktueller Phänomene in übergreifende Verlaufsformen der Stadtentwicklung und drittens auch für ihre möglichen Schattenseiten. Begrenzte Ereignisse in bestimmten Städten werden überbewertet, unzulässig verallgemeinert, vorschnell als Ausdruck einer dauerhaften und flächendeckenden Trendwende interpretiert. Es fehlen dabei meines Erachtens das rechte Maß und die notwendige Differenzierung in der Bewertung solcher Entwicklungen, die an sich – punktuell, temporär, also räumlich differenziert – unstrittig vorfindbar sind. Zwischen Trendbruch und Pendelausschlag ist das Spektrum des Möglichen zur Interpretation dieser Prozesse noch sehr breit.

„Dauerhaftigkeit“ und „Flächendeckung“ sind Kategorien, die hier meines Erachtens noch nicht zur Diskussion stehen, sondern eher fal-

sche Erwartungen wecken. Denn anders als es die Rede von Renaissance und Reurbanisierung suggeriert, ist das Dickicht der Beweisla ge in dieser Sache recht unübersichtlich. Jenseits der Oberfläche von „neuer“ Attraktivität entdeckt man ein uneinheitliches, komplexes Bild von Stadtregionen (vgl. Dittrich-Wesbuer et al. 2008, Siedentop 2008). Sowohl der Gegenstand an sich als auch die aktuellen Entwicklungsdynamiken werfen viele Fragen auf: Auf welche Teile der Städte bzw. Stadtregionen bezieht sich die Debatte? Innenstädte, Kernstädte, deren Randbereiche? Und um welche Städte geht es bei dieser Diskussion? Welche Teile dieser Städte sind einbezogen, welche Milieus sind angesprochen? Berlin-Prenzlauer Berg oder Hamburg-Schanzenstraße sind real existierend, aber nicht verallgemeinerbar. Und wie geht man mit den zwangsläufigen Folgen von wieder steigendem Druck auf innerstädtische Flächen um? Mehr Verkehr, höhere bauliche Dichten, weniger Freiraum? Wie wird abgewogen?

Im Kern wird die Diskussion um eine räumliche Verschiebung der urbanen Wachstumstrends essenzialistisch geführt: vornehmlich mit Blick auf die Stadt in ihren administrativen Grenzen sowie bezogen auf ihre baulich-räumliche Gestaltung. Bereits aus dem Suburbanisierungsdiskurs der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist bekannt, dass administrative Grenzen eine nicht geringe Rolle dabei spielen, ob ein bestimmter Gegenstand bzw. Entwicklungstrend als positiv oder kritisch wahrgenommen wird (diesseits der Grenze positiv, jenseits der Grenze kritisch). De facto betten sich diese marginalen Unterschiede jedoch in einen größeren Zusammenhang ein und erfordern eine differenzierte Bewertung im Kontext der Stadtregion.

Weiterhin hat sich im Kontext der Globalisierung bzw. der globalen Integration vieler Wirtschaftsstandorte in ein umfassendes Netz ökonomischer Beziehungen eine neue Logik des Städtischen durchgesetzt. Sie hat städtische Standorte auf eine neue Art in übergeordnete Zusammenhänge eingebettet (vgl. Hesse 2010). Infolgedessen hat sich auch die Position einzelner Städte in der großräumigen Städtehierarchie verändert. Dies geht mit einem bestimmten Grad von räumlicher Entbettung oder „footlooseness“ der ökonomischen und gesellschaftlichen Organisation einher, und dies beeinflusst natürlich auch die Autonomie und Steuerungsfähigkeit der Städte. Diese Diskussion ist z. B. mit Blick auf bestimmte Global Cities oder Metropolregionen geführt und m. E. verengt worden; sie kann aber – als Ausdruck

von Prozessen der Internationalisierung oder „Metropolisierung“ – durchaus ein allgemeines Phänomen darstellen, das auch jenseits der Topliga der Global Cities vorfindbar ist. Diese Einbettung von Städten in internationale Zusammenhänge erfolgt sehr spezifisch und keineswegs universell.

Und natürlich darf man, angeregt z.B. durch das sehr instruktive Buch von Libby Porter und Kate Shaw „Whose urban renaissance?“ (2009), fragen, wessen Reurbanisierung hier verhandelt wird? Es ist ein Allgemeinplatz, dass die Renaissance des innerstädtischen Wohnens bei weitem keinen Platz „für alle“ bietet. Und oft hängt der Glanz an einen Standort bzw. in der einen Stadt womöglich mit Krise und Niedergang im anderen Quartier zusammen. Dieser Widerspruch bleibt auch im Fall einer mittelfristig anhaltenden Gewichtsverschiebung zwischen Rändern und Zentren (Plural!) bestehen, er gehört womöglich konstitutiv zur Stadt an sich. Vielleicht ist es aber auch kein Zufall, dass nach der Welle von „Kreativität“, die den urbanistischen Diskurs in den 2000er Jahren aufgemischt hat, das Thema „Gentrifizierung“ gegen Ende dieser Dekade eine steigende Aufmerksamkeit erfährt. Ungleiche Raumentwicklung und selektive Wahrnehmung gehen hier offenbar eine besondere Verbindung ein. Der Ruf nach mehr Transparenz, Öffnung und Pluralisierung der Debatte bzw. Forschung erscheint daher mehr als gerechtfertigt.

3 Konsequenzen: inhaltlich, methodologisch, strategisch

Aus der aktuellen Debatte ergeben sich einige wichtige inhaltliche und strategische Fragen, aber auch methodologische Konsequenzen, d.h. Herausforderungen bezogen auf die Art und Weise, wie die Forschung an ihren Gegenstand herangeht. Erstens: Wie haben wir diese Entwicklungen zu bewerten? Wie verhalten sich, in den Worten Peter Weichharts gesprochen, „matter and meaning“ zueinander, also der Gegenstand der Stadtentwicklung an sich und die ihm zugewiesene (Be-)Deutung im Kontext übergreifender Interpretationen? Zweitens: Welche Antworten auf diese Fragen können sich die Städte auf der Suche nach einer angemessenen Strategie im Umgang mit den aktuellen Trends geben, sowohl bezogen auf Wahrnehmung und Bewertung als auch hinsichtlich möglicher praktischer Konsequenzen?

Inhaltliche Fragen

Erstens sollte m. E. der Deutung von Sachverhalten grundsätzlich mehr Beachtung als bisher zukommen, statt diese per se als gege-

ben anzunehmen. Denn es wird hier zum einen Sinn konstruiert, Bedeutung diskursiv zugeschrieben (vgl. Hesse 2008, 2012). Zum anderen kommt es immer darauf an, wie man gewichtet und bewertet, welche methodischen bzw. methodologischen Voreinstellungen, Abgrenzungen und Annahmen der Forschung zu Grunde liegen, und nicht zuletzt, ob der Drang zur mitunter steilen These die im Kern sehr differenzierten Befunde der Forschung entstellt bzw. überlagert. Und: Bevor es um die Beantwortung von Fragen geht, erst recht mit Blick auf ihre praktischen Konsequenzen, müssen diese Fragen als solche richtig gestellt, angemessen formuliert werden. So ist es in der Tat ein weiter Weg von der zutreffenden Beobachtung einer Neubewertung des innerstädtischen Wohnens einerseits hin zur interpretativen Deutung andererseits, dass damit bereits „eine neue Phase der Stadtentwicklung“ eingeleitet würde, Suburbanisierungsprozesse an Bedeutung verlieren könnten (Brühl et al. 2005). Empirische Basis und Deutungsangebot klaffen in dieser Konnotation schon sehr weit auseinander, Verallgemeinerungen sind auf diese Weise wohl kaum zuverlässig herzuleiten.

Angesichts der erheblichen Schwankungsbreite städtischer Trajekte ist es weiterhin sinnvoll, die zeitlichen Dynamiken der Stadtentwicklung genauer zu analysieren. Denn erst aus der längerfristigen Analyse werden vollständige Bewertungen möglich. So konnten die deutschen Großstädte, vermeintlich Träger der Reurbanisierung, gerade erst ihre Verluste an Bevölkerung und Beschäftigung ausgleichen, die sie seit 1980 erfahren haben (vgl. Geppert/Gornig 2010). Trendwende ist etwas anderes. Ein genauere Blick sollte auf die Kombination verschiedener Lebenszyklen geworfen werden: demographische Lebenszyklen, sozioökonomische Lebenszyklen, die man je nach Einflussgröße weiter ausdifferenzieren kann, schließlich bauliche Lebenszyklen vor allem an solchen Standorten, deren Neubau nicht nur punktuell, sondern gebietsweise erfolgt ist. Dort sind mitunter recht homogene Bewohnerkohorten entstanden, die nahezu flächenhaft altern (etwa in den Hochphasen der westdeutschen Ein- und Zweifamilienhaus- bzw. Reihenhaussuburbanisierung der 1960er/1970er Jahre). Solche Entwicklungstrajekte folgen spezifischen Dynamiken und sind raum-zeitlich sehr verschieden situiert, also im Patchwork der Stadtregion an ganz unterschiedlichen Standorten und zu unterschiedlichen Zeiten vorfindbar.

In dieser Diskussion sollte es weiterhin nicht nur um die Analyse von Wanderungsbilanzen und statistischen „flows“ gehen, sondern

auch um die Frage, welche Motivation, welche Sinngebung für die jeweils beteiligten Akteure (Gruppen, Milieus?) hinter diesen Prozessen steht. Beispiele hierfür geben Wanderungsmotivstudien, die einzelne Kommunen bereits seit längerem durchführen. Auch die Kombination sozio-demographischer Daten mit Arbeitsmarkt und Beschäftigung erscheint lohnenswert, denn viele Annahmen über „Rückkehr“ in die Stadt und die damit einhergehende Interpretation einer Reurbanisierung übersehen das Maß der regionalen Arbeitsteilung bzw. Regionalisierung der Lebenswelten – wo selbst die innerstädtische Wahl eines Wohnstandortes wenig über die raumzeitlichen Aktionsradien der Individuen aussagt. Zudem handelt es sich bei den vielzitierten „Rückkehrern“ in den seltensten Fällen um exakt aus dem Umland in den Kern Zurückwandernde, sondern meist um Träger einer großräumig in den Kern gerichteten Binnen-, nicht selten auch Auslandsmigration. Handelt es sich bei der neuen Attraktivität im Kern um die steigende Nachfrage nach Zweitwohnungen in den Zentren pulsierender Metropolen, so sind die entsprechenden Effekte für die Stadtentwicklung sicher ambivalent.

Die unterschiedlichen Entwicklungstrajekte von Städten werfen auch ein neues Licht auf interregionale und inraurbane Differenz. In diesem Kontext ist es mehr als berechtigt, einen kritischen Blick auf Tendenzen der ungleichen Stadtentwicklung und der räumlichen Polarisierung zu werfen. Das heißt, dass bei der Würdigung der positiven Entwicklungstendenz der einen Standorte nicht die Sensibilität gegenüber den kritischen Tendenzen an anderen Standorten aufgegeben werden sollte. Eine solche Sichtweise würde auch das spätestens seit den 2000er Jahren hegemoniale Paradigma von Wachstum und Wettbewerb kritisch reflektieren, das sich parallel zum wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Mainstream mit seiner Forderung nach Stärkung von Stärken bzw. vermeintlich Starken durchgesetzt hat. Nicht jede auf diesem Weg angeschobene Ertüchtigung (Leuchtturmprojekte, „Stararchitecture“, Clusterdevelopment) hat sich als jedoch dauerhaft sinnvoll herausgestellt. Volkswirtschaftlich gesehen kann übersteigter Wettbewerb auch auf ein Nullsummenspiel hinauslaufen. Zudem wäre es unter verschiedenen Aspekten zu hinterfragen, wenn die erfolgreichen Städte konzentrieren und (nach)verdichten um jeden Preis, während die altindustriellen Städte praktisch leerlaufen. Aktuelle Rahmenbedingungen dürften das Ziel des interregionalen Ausgleichs wieder ins Zentrum rücken, gesellschaftliche Verteilungsfragen auch raumbezogen neu formulieren (vgl. Storper 2011).

Strategische und methodologische Konsequenzen

Wie können angemessene Schlussfolgerungen aus diesen Überlegungen für die städtische Strategiebildung aussehen? Kritischer urbaner Diskurs fordert Stadtforschung und -planung analytisch wie normativ heraus, bietet aber auch große Chancen zur Weiterentwicklung der Diskussion. Dies gilt im Sinne von Strategiefindung als auch, vor allem, zur Pluralisierung der Debatte. Wichtige Impulse dazu sind in jüngerer Zeit von diskursanalytischen Arbeiten ausgegangen (vgl. Hesse 2012). Sie tragen dazu bei, die verschiedenen, mitunter konkurrierenden Schichten der Wahrnehmung von Stadt transparent zu machen und eine kritische Öffentlichkeit für Auseinandersetzungen über die Zukunft des Städtischen herzustellen. Auf diese Weise werden programmatische, ideologische Kontexte offen gelegt, wo bestimmte Einschätzungen zur Stadtpolitik und -planung als gegeben, mitunter auch als alternativlos (TINA – “There is no alternative”) dargestellt und auf diese Weise hegemonial werden. Insofern ergibt sich auch ein roter Faden von der eindimensionalen Betrachtung von Renaissance oder Reurbanisierung über die Öffnung der Debatte hin zur Thematisierung von Schattenseiten wie Luxussanierung, Gentrifizierung u. ä. Schwieriger ist die Frage zu beantworten, unter welchen Bedingungen diskursiv erzeugtes Wissen Anknüpfungspunkte für praktisches Handeln liefert. Denn sie unterstellt eine steuerungstheoretisch begründete Verbindung zwischen der Schicht der diskursiven Wahrnehmung von Stadt und ihrer materiellen Entwicklung, die aber so nicht zwingend existiert.

Als Ausweg aus der normativen und gewissermaßen methodologischen Engführung der Diskussion über eine neue Attraktivität der Städte erscheint es sinnvoll, die entsprechenden Einstellungen und Positionierungen der Forschung kritisch zu reflektieren. Gerade wenn es um die Interpretation und Deutung von Ergebnissen geht, spielt die offene, gleichberechtigte Interaktion von Forschung und Praxis eine zentrale Rolle. Jede Seite verfügt über respektable Sichtweisen und Argumente, die selbst dann Gehör verdienen, wenn sie sich fundamental widersprechen: Es gibt eben in aller Regel nicht nur eine Wahrheit, sondern verschiedene Auffassungen von der gleichen Sache. Und es gibt keinen Zwang zu Konsens, sondern auch Produktives im Dissens. Entsprechend differenziert ist das Rollenverständnis unter den Akteuren: Weder sagt die Wissenschaft der Praxis auch nur ansatzweise, „wo es lang geht“, noch hat die Praxis ein Deutungsmonopol über anstehende Trends und deren Be-

wertung. Im Bewusstsein dessen, dass die Nähe von Forschung und Praxis auch eine Art „slippery terrain“, ein rutschiges Gelände sein kann, besteht konstruktive Anwendungsorientierung der Wissenschaft meines Erachtens in einem kontinuierlichen, offenen und (selbst-)kritischen Austausch zwischen Forschung und Praxis über erkenntnisleitende Fragen, empirische Befunde, Interpretationen und Deutungsmacht. Die Praxis stellt dabei weit mehr als nur die Rolle des Datengebers dar, sondern sie liefert zugleich den spezifisch lokalen Kontext und „erdet“ mögliche Erwartungen an Intervention und deren Effekte. Die Wissenschaft ist hier nicht nur Bildproduzent und Diskurslieferant, sondern kritischer Gesprächspartner in Bezug auf Bewertung, Einordnung und vergleichende Analyse von Befunden.

In praktischer Hinsicht gehören meine Sympathien hier weniger den großen Inszenierungen, mit „Masterplan“ und Leuchtturmpro-

jekten, Festivalisierung ohne Ende etc. – auch wenn der paradigmatische Charakter bemerkenswerter Einzelvorhaben in bestimmten Fällen hilfreich für Gesamtstrategien sein kann. Trotzdem würde ich alternativ für den Versuch plädieren, Qualitäten umfassend und systematisch zu verbessern, ohne den Anspruch einer dem Gemeinwohl verpflichteten Stadtpolitik und Stadtplanung aufzugeben. Ein solcher Ansatz würde sich auch dadurch auszeichnen, dass Großstädte, Stadtregionen und deren Kerne die positiven Wirkungen von Agglomeration als Grundprinzip der Stadt an sich zur Geltung kommen lassen, ohne dass sie die unweigerlich auftretenden negativen Seiten ignorieren bzw. einfach in Kauf nehmen. Dies legt nahe, große Erzählungen auch einmal beiseite zu legen und genauer hinzuschauen, empirisch überprüfbare, plausible Entwicklungen differenziert zu bewerten und daraus dann mögliche Handlungskorridore und Standortprofilierungen praktisch zu verfolgen.

Exkurs: Hafencity – die neue Attraktivität von Hamburg

Zweifellos ist die „Hafencity“ in Hamburg derzeit eines der größten, auf jeden Fall eines der ambitioniertesten Projekte zur Revitalisierung innerstädtischer Standorte in Europa. Es ist damit auch Teil der Diskussion um eine neue Attraktivität von Städten bzw. städtischen Standorten, und es zieht bereits jetzt eine außerordentlich große Aufmerksamkeit auf sich. Die Umwandlung alter Hafen- und Lagerflächen in ein neues Innenstadtquartier ist von seinem Umfang her (157 ha Fläche) sowie angesichts der hohen städtebaulichen, ökologischen und stadtplanerischen Ambitionen womöglich atypisch für die Mehrzahl vergleichbarer Vorhaben. Und doch sind dort einige der typischen Eigenschaften moderner städtebaulicher Entwicklungsprojekte versammelt, und auch die in solchen Fällen unvermeidlichen Konflikte stellen sich hier auf sehr anschauliche Weise dar. Insofern lassen sich anhand der einzelnen Bausteine der Hafencity wichtige Eigenschaften und Konfliktfelder städtischer Erneuerungsvorhaben beispielhaft benennen. Die Errichtung moderner Stadtquartiere mit Büro- und Wohnnutzungen am Wasser (1) ist einer der Schlüsselfaktoren vieler „Waterfront“-Projekte und hier auch der Hafencity. Mit einer Ergänzung der Innenstadt um ca. 40% der Nutzflächen besitzt ein solcher Standort automatisch ganz erhebliche Relevanz. Diesem Zugewinn an Nutzflächen steht vielfach aber auch eine Verlagerung von gewerblichen Nutzungen an andere Standorte gegenüber, in der me-

tropolitanen Peripherie oder – wie hier – in Expansionsgebieten des Hafens; dies muss in Flächenbilanzen berücksichtigt werden. Da neue Stadtquartiere allein selbst am Wasser noch keine überregionale Aufmerksamkeit bzw. Magnetwirkung als solche entfalten, sind Flagship-Projekte als Ergänzung unverzichtbar. Dies ist in diesem Fall die Elbphilharmonie (2), zurzeit im Bau nach einem spektakulären Entwurf der Schweizer Architekten Herzog und de Meuron. Zugleich verkörpert dieses Projekt auch bekannte Eigenschaften von Großprojekten, wie erhebliche Kostensteigerungen verglichen mit der Planungs- und Beschlussphase, Verzögerungen in der Fertigstellung, komplexe Governance etc.

Es bleibt abzuwarten, inwiefern die Errichtung eines gehobenen Büro- und Wohnstandortes wie der Hafencity in einem auch heute noch durch den Hafen geprägten Umfeld dauerhaft erfolgreich sein kann, oder ob sich beides aufgrund von Lärm-, Licht- und Staubemissionen der verbleibenden Hafenareale (3) als tendenziell unverträglich erweist. Faktoren wie Dichte, Erschließung (U-Bahn-Anschluss) oder Gebäudestandards sollen eine hohe Nachhaltigkeit des Quartiers gewährleisten (4). Unternehmenszentralen wie das Unilever-Haus machen sich die Zentralität und Attraktivität dieses Standortes zu Nutze (5). Offenbar werden Lage und Umfeld auch als Faktor verstanden, mit dem Unternehmen attraktiv für hochqualifiziertes Personal werden. Neue Nutzungen

bzw. Geschäftsfelder wie die Kreuzschiffahrt (6) bringen bis dato ungeahnte Verbindungen zwischen Stadt und Hafen hervor, nicht zuletzt durch ihre Impulse für den angelagerten Städtetourismus; zugleich werden über die Schwerölverbrennung und Lärmemissionen der Kreuzfahrtschiffe aber auch spürbare Belastungen für das Stadtquartier erzeugt, die womöglich nicht allen Bewohnern der Hafen-City gefallen (oder zuvor bekannt waren). Das auf dem Gelände der HafenCity schließlich auch noch das Hauptgebäude der gleichnamigen Universität errichtet werden soll (7), passt vortrefflich ins Bild von Renaissance und Reurbanisierung, blickt man auf die offensichtlich große Bedeutung der Bildungswanderer (vulgo: Studierenden) sowie von Wissen und Forschungsdiensten für innerstädtische Aufwertungsprozesse.

In welchem Umfang die avisierten Ziele realisiert werden können und sich an einem Standort wie diesem „neue Attraktivität ...“ tatsächlich entfalten kann, hängt natürlich nicht nur – und womöglich nicht primär – von diesen Randbedingungen des Standortes ab. Immobilienwirtschaftliche Imperative und das Management der Gesamtaufgabe sind sicherlich die zentralen Herausforderungen; auch für diese beiden Punkte bietet das Beispiel HafenCity ungewöhnlich vielseitige Anschauung. Umgekehrt sind bekanntlich auch marktmäßig erfolgreiche Projekte keine Selbstläufer dahingehend, dass die erhofften Beiträge zur Stadtentwicklung auch tatsächlich Wirklichkeit werden. Womöglich ist auch hier nicht die ganz große Erzählung ausschlaggebend, sondern der kluge Umgang mit konkurrierenden Ansprüchen und Nutzungskonflikten.

4 Von guter Praxis und „policy mobilities“: Überlegungen zur Weiterentwicklung des Erfahrungsaustauschs zwischen Forschung und Praxis

Der Erfahrungsaustausch unter den wachsenden Großstädten, der der Dokumentation des Ressortforschungsprojektes „Zurück in die Stadt? Gibt es eine neue Attraktivität der Stadt?“ zugrunde liegt, ist zur Validierung der weiteren Debatte über die Stadtentwicklung in Deutschland außerordentlich hilfreich. Denn er statet die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit einem sehr differenzierten Datenmaterial aus, das in dieser Form so nicht allgemein verfügbar ist. Auf diese Weise kann z. B. das pauschale Bild von der Renaissance, die angeblich gerade überall stattfindet, oder von der Suburbanisierung, der vermeintlich das Personal oder das Benzin ausginge, sowohl stadtypologisch als auch stadträumlich modifiziert und differenziert werden. Vor allem die Kombination der Makrodaten mit regionalen Fallstudien ist sehr interessant, denn auf einer solchen Basis können diese Prozesse ja erst einigermaßen belastbar bewertet werden, und es werden spezifische Wirkungszusammenhänge transparent gemacht.

Über dieses Projekt hinaus und aufbauend auf den vorherigen Überlegungen ergeben sich einige weiterführende Schlussfolgerungen. Zum einen kann man nicht nachdrücklich genug für den offenen Austausch und die unvoreingenommene Diskussion zwischen Forschung und Praxis plädieren. Zur Intensivierung des Austauschs von Ideen, Ansätzen und Erfahrungen aus der Stadt- und Raumentwicklung gibt es

verschiedene mögliche Formate. Eines basiert auf stärker diskussions- denn „präsentations“-orientierten Konferenzen und Workshops, in denen kleine Panels, Discussants und vergleichbare Instrumente Rede und Widerrede, organisierten Disput und Intervention erlauben. Besonders anregend haben sich beispielsweise die sogenannten Author meets critics-Panels erwiesen, die auf den Jahrestagungen der U.S.-Amerikanischen Geographenvereinigung (AAG) veranstaltet werden. Dort stellen Buchautorinnen und -autoren Kernpunkte ihres Werks vor, gelegentlich auch mit größerem Abstand zum Erscheinungsdatum, und eingeladene Kolleginnen und Kollegen geben vorbereitete Kommentare hierzu ab, die das Werk in den Kontext des Themas oder der Fachdisziplin einbetten. Dies erlaubt eine sehr dichte, anregende Diskussion.

Eine oft vernachlässigte Dimension der Debatten an der Schnittstelle von Forschung und Praxis ist die Einbettung empirischer Befunde in übergreifende Theorien und Konzepte. Dies mag aus der Sicht der Forschung als selbstverständlich, aus der unmittelbaren Perspektive der Planungsakteure dagegen als sekundär oder nachrangig gelten. Und doch ist es zur Selbstverständigung der Fachdisziplinen und zur Weiterentwicklung von übergeordneten, nicht fallspezifischen Ansätzen (Methoden, Interpretationen, Erklärungsansätze) überaus wichtig, solche Konzeptualisierungen vorzunehmen. Am Beispiel von Renaissance und Reurbanisierung lässt sich die oft theorieferne, selektive Diskussion einzelner empirischer Befunde sehr gut demonstrieren. Allerdings kann man es auch als Bringschuld der Wissenschaft betrachten, zu diesen Kontexten zeitgemäße

Theoriekonzepte vorzulegen. Daran mangelt es derzeit noch. Erst damit könnte die Einschätzung aktueller Trends und Fragen aber produktiv weitergeführt werden.

Die Notwendigkeit, fallspezifische Befunde mit übergreifenden Kontexten abzugleichen, stellt sich auch für die weit verbreiteten Beispielsammlungen, die in der Vergangenheit unter den Stichworten Best Practice bzw. Good Practice in großer Zahl vorgelegt wurden, wie sie etwa auf der Website des European Urban Knowledge Networks (EUKN) oder des europäischen Förderprogramms URBACT einsehbar sind. Zweifellos erfüllen viele der solchen Sammlungen zugrunde liegenden Aktivitäten ihren beispielgebenden Zweck. Doch nur selten werden dort Einzelfälle so systematisch zusammengestellt und eingeordnet, dass daraus wichtige Informationen etwa über die Auswahlkriterien hervorgehen. Nur selten wird offen über Realisierungsprobleme gesprochen, werden Faktoren benannt, die den entscheidenden Ausschlag zur Umsetzung gaben, welche Effekte erzielt wurden, womöglich auch erst über einen größeren Zeitraum. Erst diese Informationen geben solchen Beispielen ihren Anschauungswert für vergleichbare Fälle.

Notwendige Ergänzungen, die solchen Sammlungen einen gewissen Grad an Substanz und Verallgemeinerbarkeit verschaffen, betreffen zum einen ihre Kontexte und Entstehungsbedingungen, weiterhin die institutionellen Settings. Zum anderen muss man Modelle auch dann im Blick behalten, wenn sie keine „Modellvorhaben“ mehr sind, also nicht mehr extern finanziert werden. Vielfach enden ihr Esprit und ihre Tragfähigkeit mit dem Auslaufen der Förderung. Und über die als gelungen bzw. auch für andere Fälle aussagefähig eingeschätzten Modelle hinaus wäre es weiterhin vielversprechend, auch aus den Erfahrungen des Scheiterns zu lernen – selbst wenn solche Erfahrungen aus gut nachvollziehbaren Gründen ungern mit Dritten geteilt werden. Sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor ist die Neigung zur Verbreitung guter Nachrichten sehr viel stärker ausgeprägt, als dass man weniger gelungene Erfahrungen öffentlich kommuniziert. Und doch besteht Anlass zur Vermutung, dass man auch aus solchen Diskussionen sehr viel für zukünftiges Handeln lernen kann (Defizitanalyse).

Hier spielt auch eine Rolle, dass die wachsende Popularisierung von Wettbewerb zunehmend auch die Forschung selbst erfasst hat, was deren Ergebnisse ganz erheblich mitbeeinflusst. Zu berücksichtigen sind hier sowohl

die Lage der Forschungsnehmer, die in zunehmend knappen Märkten verstärkt den Bedingungen von Auftragsforschung und -planung ausgesetzt sind, wie auch die Situation der Kommunen und ihr Wettbewerb untereinander. Entsprechendes gilt, wenn Ressortforschung unter Druck gerät, wenn der Wissenschaft, zugespitzt formuliert, schnell die Rolle des Hoffnungsträgers und Verbreiters guter Nachrichten zugeschrieben wird – unabhängig davon, ob diese Nachrichten ein entsprechendes empirisches Testat auch einlösen können oder nicht. (Die Narrative von Renaissance und Reurbanisierung geben hierfür gute Anschauung). Die zunehmend populäre Bindung der Gewährung von Finanzmitteln an Wettbewerbe, etwa in Modellvorhaben der Stadt- und Raumforschung, bei Bau- und Regionalausstellungen oder in Förderprogrammen, mag in manchen Fällen zur Mobilisierung endogener Potenziale lokaler Institutionen beitragen. Sie kann zugleich der Errichtung von Kulissen dienen, die nach Ablauf der Förderung schnell obsolet sind. Auch werden komplexe Ursache-Wirkungs-Beziehungen in der Stadt- und Raumentwicklung nicht selten trivialisiert, wenn zwischen Modellvorhaben und räumlichen Effekten, aus naheliegenden Gründen, ein unmittelbarer Zusammenhang konstruiert wird. Das Verhältnis von Forschung und Praxis kann sich in diesem Kontext durchaus delikater gestalten.²³

5 Ausblick

Die Frage der Innovation und Diffusion, mithin der Mobilität von Ideen und Konzepten führt last but not least zur Entstehung eines neuen Forschungsfeldes – den sogenannten „policy mobilities“ (McCann 2011). Dahinter verbirgt sich der Versuch, den überörtlichen Austausch von Ideen, Problemsichten und Lösungsansätzen zu systematisieren, wie er in Stadtforschung und -planung traditionell von Bedeutung ist; man denke etwa an die Verbreitung des sozial-ökologischen Stadtmodells der Chicagoer Schule, das sicher für ganze Generationen einen prägenden Einfluss auf das Bild der modernen Großstadt hatte. Zuletzt haben aufkommende Paradigmen wie „Kreativität“ oder die wachsende internationale Popularisierung von Praxiskonzepten wie etwa „Business Improvement Districts“ die Relevanz dieses Austauschs unterstrichen: Konzeptuelles Handeln am einen Ort wird im Zeitalter von Information und Mobilität immer stärker von den Problemsichten und Diskussionen am anderen Ort beeinflusst (McCann/Ward 2011). Auch der latente Diskurs zu Renaissance und Reurbanisierung ist Gegenstand eines solchen Ideentransfers, zu dessen Verbreitung

(23)

Vgl. die sehr lesenswerten Beiträge hierzu in Heft 7/8.2011 der Informationen zur Raumentwicklung (z. B. Gatzweiler 2011).

die Zeitdiagnosen und Politikkonzepte der New Labour-Regierung in Großbritannien nach 1997 entscheidend beigetragen haben (Imrie/Raco 2003).

Zugleich begrenzen Pfadabhängigkeit, Spezifika der lokalen Milieus und institutionelle Rahmenbedingungen die Vorstellung, man könne gute oder beste Praxis nahezu beliebig als Blaupause für die Stadtentwicklungspolitik einsetzen. Insofern dürfte die sorgfältige Analyse der Entstehungs- und Umsetzungsbedingungen einzelner Konzepte nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Validierung entsprechender Strategien als solcher leisten; sie kann zugleich auch der Erwartung vorbeugen, um ein populäres Beispiel des Politiktransfers zu nennen, so etwas wie Kreativität oder "Guggenheim" ließe sich beliebig oft und nahezu überall platzieren.

Schließlich werfen die „policy mobilities“ auch die Frage nach einem geeigneten konzeptionellen Rahmen für vergleichende Stadtforschung auf. Hier bestehen erhebliche Erkenntnislücken und vor allem auch methodische Grenzen, etwa mit Blick auf die folgenden Fragen:

- Wie erklärt sich das Gelingen eines Vorhabens am einen Ort im Vergleich zum Schei-

tern am anderen Ort? Welche Narrative, Biografien stehen als Eigenlogik hinter den betrachteten Fällen?

- Wie lassen sich in der komparativen Forschung allgemeine Einflussfaktoren von spezifischen, regionalen Rahmenbedingungen isolieren? Unter welchen Bedingungen ist der Vergleich von unterschiedlichen oder von ähnlichen Fällen nicht nur zulässig, sondern auch sinnvoll und erkenntnisleitend?
- Wie können die international teilweise sehr unterschiedlich erzeugten statistischen Daten miteinander vergleichbar gemacht werden, etwa in Bezug auf die Beispielsammlungen von Projektergebnissen, Leitfäden oder good practices etc.?

Der gemeinsame Versuch von Forschung und Praxis, Antworten auf diese Fragen zu finden, dürfte nicht nur insgesamt vielversprechend sein, sondern auch ganz erheblich von methodologischer Vorsicht, normativem Pluralismus sowie insbesondere der stärkeren Interaktion von Forschenden und Praktikerinnen bzw. Praktikern profitieren.